

Leuenberger fordert 95% weniger CO2

Die Schweiz muss den Ausstoss der Klimagase bis 2050 um bis zu 95 Prozent herabsetzen, mit gesetzlichen Massnahmen im Inland und mit Emissionszertifikaten im Ausland. Das schreibt Bundesrat Moritz Leuenberger in seiner Antwort auf die Klimapetition von Brot für alle und Fastenopfer. Doch die Schritte, die er für die nächsten zehn Jahre ankündigt, sind zaghaft.

Die Forderungen des UNO-Klimaausschusses sind klar: Die globalen Emissionen von Treibhausgasen müssen bis ins Jahr 2050 um 50 bis 85 Prozent reduziert werden. „Dieser Forderung schliesst sich der Bundesrat an“, schreibt Umweltminister Moritz Leuenberger in einem Antwortbrief auf die Klimapetition von Brot für alle und Fastenopfer. Und er geht noch einen Schritt weiter: „Bezogen auf die Emissionen der Industrieländer bedeutet dies eine Reduktion um 80 Prozent bis 95 Prozent gegenüber 1990. Die Industriestaaten sollten demnach ihre Emissionen bis 2020 um 25 bis 40 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren.“ Also deutlich mehr, als der Bundesrat bislang vorschlägt.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, wie dringend derart scharfe Reduktionen sind: vernichtende Unwetter in Südostasien, Überschwemmungen im Sahel, Dürrekatastrophen am Horn von Afrika. Dass auch die Schweizer Landwirtschaft unter dem Klimawandel leidet, zeigte vor wenigen Tagen ein Bericht der bundeseigenen Forschungsanstalt Agroscope: Eine Fläche so gross wie die Kantone Zürich, Aargau und Solothurn zusammen muss in Zukunft regelmässig bewässert werden, wenn die Bauern ihre Erträge halten wollen. Die Wasserknappheit birgt Konfliktpotential, auch in der Schweiz.

Mit ihrer Klimapetition fordern die beiden Entwicklungsorganisationen Brot für alle und Fastenopfer den Bundesrat auf, sich an der Klimakonferenz in Kopenhagen für eine griffige Klimapolitik und für die Anliegen der Menschen in den Entwicklungsländern einzusetzen. Bereits heute führt der Klimawandel weltweit zu mehr Hunger. „Die Menschen im Süden haben ein Recht auf Entwicklung“, sagt Antonio Haulte, Direktor des Fastenopfers. „Dieses Recht muss auch im Kampf gegen die Klimawandel gewährleistet bleiben.“

In den allgemeinen Ausführungen seines Antwortbriefes kommt Bundesrat Moritz Leuenberger den Forderungen der Petition recht nahe. Scharfe Reduktionen der Klimagase weltweit, harte Verpflichtungen für die Industrieländer. Doch dort, wo es um die konkreten Klima-Angebote des Gesamtbundesrates geht, wiederholt Leuenberger das kleinmütige Angebot des Bundesrates: die Reduktion um nur gerade 20% bis ins Jahr 2020. „Das ist eindeutig zuwenig“, sagt Beat Dietschy, Zentralsekretär von Brot für alle. „Es ist, als ob Feuerwehrleute vor einem lichterloh brennenden Haus über den Durchmesser der Löschschläuche diskutierten.“

2. November 2009